

Kurzanalyse: Was bringt der Koalitionsvertrag "Jetzt für morgen" dem Gesundheitswesen im Land?

Laut Forsa-Umfrage der TK war die Gesundheitsversorgung für 93 Prozent der Menschen in Baden-Württemberg das wichtigste Thema überhaupt bei den Landtagswahlen 2021. Im Koalitionsvertrag spiegelt sich diese Bedeutung jedoch nicht wider: Gerade einmal viereinhalb von insgesamt 162 Seiten sind dem Gesundheitsbereich gewidmet. Dies darf man durchaus als Enttäuschung bezeichnen. Zwar bietet der Vertrag besonders hinsichtlich der Digitalisierung im Gesundheitswesen viele gute Inhalte. Über allem schwebt jedoch der Finanzierungsvorbehalt, so dass niemand sicher sagen kann, welche Punkte auch wirklich umgesetzt werden.

In der folgenden Tabelle finden Sie eine Auswahl der zentralen Aussagen sowie eine kurze Bewertung aus Sicht der TK-Landesvertretung Baden-Württemberg.

Aussagen im Koalitionsvertrag zu Gesundheit (Auswahl, gekürzt)	Kommentierung der TK
Konsequenzen aus der Corona-Pandemie	
<ul style="list-style-type: none"> ▪ Finanzielle und personelle Stärkung des ÖGD und des Sozialministeriums, um die Antwortfähigkeit auf künftige Gesundheitskrisen zu verbessern. Eventuell soll es eine ÖGD-Vorabquote beim Medizinstudium geben. ▪ Errichtung einer digitalen Leitstelle für die Pandemiebekämpfung sowie digitaler Datenlösungen für Bürgerinnen und Bürger ▪ Einrichtung einer Enquete im Landtag zur Aufarbeitung der Pandemie 	<p>Die Notwendigkeit, den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD) zu stärken, ist unumstritten. Die Corona-Pandemie hat mehr als deutlich gemacht, worin der Wert eines gut ausgestatteten ÖGD liegt. Um zu entscheiden, ob eine Vorabquote beim Medizinstudium hilfreich ist, sollten die Erfahrungen mit der sogenannten Landarztquote abgewartet werden.</p> <p>Die Ankündigung, auch das Sozialministerium zu vergrößern, wurde oppositionsseitig kritisiert. Sofern der Ausbau maßvoll und zielgerichtet erfolgt, ist es aus Sicht der TK jedoch durchaus sinnvoll, auch die strategische "Lenkungseinheit" für die Bekämpfung von Gesundheitskrisen gut aufzustellen.</p> <p>Die Einrichtung einer digitalen Leitstelle mit entsprechender Datenverfügbarkeit ist in jedem Fall zu begrüßen. Gleiches gilt für die systematische Aufarbeitung durch eine Enquete-Kommission.</p>

Ambulante und sektorenübergreifende Versorgung

- Förderung von sektorenübergreifender und interprofessioneller Versorgung u.a. durch **flächendeckende Einrichtung von interdisziplinären Primärversorgungszentren** sowie dem weiteren Ausbau der Telemedizin
- Verbesserung der psychotherapeutischen und psychiatrischen Versorgung
- Stärkung der Geburtshilfe durch:
 - Ausbau von Hebammengeführte Kreißsälen und Geburtshäusern
 - lokale Gesundheitszentren mit Schwerpunkt auf geburtshilfliche Versorgung in unterversorgten Regionen
 - familienfreundlichere Arbeitsbedingungen
 - Förderung der Akademisierung (auch durch Nachqualifizierungsangebote)
- Mehr Prävention und Aufklärung in der Drogen- und Suchtpolitik

Eine aktuelle Umfrage der TK in Baden-Württemberg belegt, dass 92 Prozent der Befragten eine bessere Abstimmung zwischen Niedergelassenen, Krankenhäusern und Pflegediensten für sehr/wichtig halten. 39 Prozent haben bereits einmal oder mehrfach Unstimmigkeiten erlebt, bei den 18- bis 39-Jährigen und Eltern sogar jeder Zweite. Die Koalitionäre greifen hier also ein wichtiges Thema auf. Besonders die Telemedizin wird eine wesentliche Rolle spielen. Die Landesregierung könnte sich ergänzend für die Schaffung neuer integrierter Versorgungsmöglichkeiten in unterversorgten Gebieten einsetzen.

Der Vertrag präsentiert viele sinnvolle Ansätze im Bereich der seelischen Gesundheit, der Geburtshilfe sowie der Drogen- und Suchtpolitik. Im Kontrast dazu wird der Großteil der Akteure in der ambulanten Versorgung nur mit dem wenig detaillierten Versprechen bedacht, "alle Anstrengungen (zu) unternehmen, diese flächendeckende Versorgung zu garantieren". Konkretes zur Sicherstellung, wie beispielsweise die Fortführung des Förderprogramms Landärzte, fehlt gänzlich. Ruft man sich dann noch den Finanzierungsvorbehalt in Erinnerung, müssen die Betroffenen in der kommenden Legislaturperiode vermutlich mit weniger politischen Akzenten rechnen.

Auch das Wort Delegation sparen die Koalitionspartner aus. Die TK hatte vorgeschlagen, in Modellversuchen deutlich ausgeweitete Möglichkeiten der Delegation ärztlicher Leistungen an Medizinische Fachangestellte und andere geeignete Gesundheitsberufe zu erproben. Nun kommt die Verpflichtung dazu voraussichtlich mit dem Gesundheitsversorgungsweiterentwicklungsgesetz aus Berlin.

Pflege

- Finanzierung: Entlastung von Pflegebedürftigen und Angehörigen durch **Sockel-Spitze-Tausch**
- Flächendeckender **Ausbau von Tages-, Nacht- und Kurzzeitpflegeplätzen**
- Stärkung telemedizinischer Optionen, u.a. Ausbau der **telemedizinischen Betreuung** durch Ärztinnen und Ärzte in **stationären Pflegeeinrichtungen**
- Ausbau des **Landeskompetenzzentrums Pflege & Digitalisierung** (PflegeDigital@BW) zur zentralen Beratungs-, Vernetzungs- sowie Lern- und Lehrinstitution
- Neuer Anlauf für eine **Landespflegekammer**
- **Konzertierte Initiative zur Fachkräftegewinnung**
- finanzielle Übergangsregelung bis zur bundesrechtlichen Lösung der **Schulgeldfreiheit** sicherstellen und
- **Erhöhung der Ausbildungsplätze** für die generalistische Pflegeausbildung
- Aufbau von **Quereinsteigermodellen** und **assistierter Ausbildung**
- Entwicklung eines **"Fair Care"-Gütesiegels** für die häusliche Betreuung sowie eines **"Diversitycheck"-Siegels** für kultursensible Pflege

Die Pflege ist wie erwartet ein Schwerpunktthema im Koalitionsvertrag. Dies entspricht den Prioritäten der Menschen in Baden-Württemberg: 98 Prozent halten es laut TK-Umfrage für sehr/wichtig, dass der Pflegeberuf attraktiver gestaltet wird.

Grüne und CDU wollen die Pflege künftig über einen Sockel-Spitze-Tausch finanzieren. Der TK ist insbesondere ein dauerhafter Bundeszuschuss wichtig, damit die Beitragssätze der Pflegeversicherten nicht in die Höhe schießen.

Es ist begrüßenswert, dass die Koalitionspartner Tages-, Nacht-, und Kurzzeitpflegeplätze ausbauen wollen. Hier wäre aus Sicht der TK ein ausdrückliches Bekenntnis zur künftigen Erfüllung der Investitionsverpflichtung des Landes wichtig. Dieser Bereich darf dem Finanzierungsvorbehalt nicht zum Opfer fallen.

Positiv bewertet die TK zudem die stärkere Prüfung telemedizinischer Optionen. Gerade in der stationären Pflege können telemedizinische Betreuungsmöglichkeiten eine gewinnbringende Ergänzung sein.

Auch der geplante Ausbau des Landeskompetenzzentrums Pflege & Digitalisierung zur zentralen Beratungs- und Vernetzungsinstitution ist ein sinnvoller Schritt. Damit das Kompetenzzentrum jedoch wirklich zur Pflege-Drehscheibe des Landes wird, könnte hier ergänzend die von der TK schon länger geforderte landesweite "Informationsplattform Pflege" angesiedelt werden. Auf dieser Plattform wird die bereits bestehende Vielzahl von Beratungs- und Unterstützungsangeboten smart und nutzerfreundlich vernetzt. Perspektivisch könnten - z.B. durch die Pflegestützpunkte - auch digital unterstützte Beratungen wie eine (video-) telefonische Erstberatung angeboten werden.

Die TK beteiligt sich gerne an den vielfältigen geplanten Maßnahmen zur weiteren Stärkung der Pflege, wie zum Beispiel dem "Fair Care"-Gütesiegel.

Krankenhäuser

- Das Land verpflichtet sich auf **eine "auskömmliche" Investitionsfinanzierung** und verspricht, Programme des Bundes wie den Krankenhausstrukturfonds oder den Krankenhauszukunftsfonds auch künftig außerhalb der originären Landeskrankenhausförderung kofinanzieren.
- Zusätzlich will sich Koalition beim Bund für eine **"sachgerechte" Betriebskostenfinanzierung** einsetzen, "die Baden-Württemberg nicht weiter benachteiligt".
- Die Krankenhausplanung soll **nachhaltig, digital und inklusiv** weiterentwickelt werden. Dabei sollen sektorenübergreifende Aspekte berücksichtigt werden.
- Die Koalitionäre streben eine **"konsequente** und langfristig angelegte **Krankenhausstrukturpolitik**, die sich an regionalen und überregionalen Versorgungsbedarfen orientiert" an.
- Krankenhaus-Kompetenzverbund Qualitätsmedizin und Digitalisierung

Das Versprechen der Koalition, ausreichende Investitionen sowie die weitere Kofinanzierung von Bundesförderprogrammen zu garantieren, ist eminent wichtig für die Krankenhäuser in Baden-Württemberg und wird von der TK ausdrücklich begrüßt. Die Regierung wird daran gemessen werden, ob sie dieses Versprechen hält - auch wenn das Geld knapp wird.

Dem höheren Lohnniveau in Baden-Württemberg wird bereits mit einem entsprechend höheren Landesbasisfallwert Rechnung getragen. Zudem müssten Kliniken bei einer ausreichenden Investitionsfinanzierung des Landes z.B. für Sanierungen keine Mittel mehr aus den Betriebskosten entnehmen. Gelder für eine gute und qualitativ hochwertige Behandlung stünden dann ungekürzt zur Verfügung.

Nachdem es in der letzten Legislaturperiode nicht geklappt hat, sollte die Reform der Krankenhausplanung nun tatsächlich zügig angegangen werden. Positiv ist, dass die Regierungspartner sie explizit digital und sektorenübergreifend gestalten wollen. Das ist für eine moderne Planung nötig. Aber wo bleibt das Bekenntnis zu Qualität? Dass Qualitätskriterien im Gegensatz zum letzten Koalitionsvertrag keinerlei Erwähnung mehr finden, ist ein falsches Signal. Die TK tritt für einen zügigen Ausbau der medizinischen Fachplanung inklusive Struktur- und Qualitätskriterien ein.

Es ist lobenswert, dass die Koalitionspartner sich einer aktiven Krankenhausstrukturpolitik verschreiben und den Dingen nicht einfach ihren Lauf lassen. Sich dabei an tatsächlichen Bedarfen zu orientieren, ist sinnvoll: Laut TK-Umfrage entscheiden sich beispielsweise 93% der Menschen bei planbaren Operationen für ein spezialisiertes Krankenhaus, auch wenn es weiter vom Wohnort entfernt ist.

Das Vorhaben, Kliniken stärker in Sachen Qualität und Digitalisierungskompetenz zu vernetzen, findet die uneingeschränkte Unterstützung der TK. Grün-Schwarz sollte hier sogar noch größer denken: Mit Mitteln aus dem Krankenhausstruktur- und dem Krankenhauszukunftsfonds könnte die Landesregierung ein umfassendes, telemedizinisches Versorgungsnetz in Baden-Württemberg etablieren.

Digitalisierung und KI

- Baden-Württemberg soll Vorreiter der Digitalisierung im Gesundheitswesen und in der gesamten Sozialwirtschaft werden. Ziel: **"Sozialwirtschaft 4.0"**
- Ausbau der **digitalen Anbindung und Vernetzung** der unterschiedlichen Akteure und Schnittstellen
- Förderung der KI, insbesondere im Bereich personalisierte Medizin
- **Ausbau der Telemedizin** und der Zusammenarbeit der Hochschulmedizin
- Ziel sind **leistungsfähige, datenschutzkonforme und aufeinander abgestimmte digitale Plattformen**
- Weiterentwicklung der **Strategie zur Digitalisierung in Medizin und Pflege**
- Verzahnung von Versorgung, Forschung und Wirtschaft: Ressortübergreifende Zusammenarbeit unter dem Dach des **Forums Gesundheitsstandort Baden-Württemberg**

Beim Thema Digitalisierung im Gesundheitswesen offenbart die Landesregierung einen vielversprechenden Ehrgeiz. Zahlreiche Digitalisierungs- und Vernetzungsprojekte sollen vorangetrieben werden. Aus Sicht der TK ist vor allem entscheidend, eine flächendeckende Digitalfähigkeit der Akteure inklusive Anbindung an die Telematikinfrastruktur und Integration der elektronischen Patientenakte zu erreichen. Darauf bauen alle anderen Maßnahmen auf.

In diesem Zusammenhang ist auch das im Koalitionsvertrag genannte Ziel zu sehen, abgestimmte und kompatible Angebote zu entwickeln. Baden-Württemberg muss sich von einer Landschaft erfolgreicher Digitalinseln hin zu einer verlässlichen und für die Anwender bruchlosen Flächenversorgung entwickeln.

Die TK empfiehlt, bei der Weiterentwicklung der Digitalisierungsstrategie auf eine stärkere Fokussierung der Mittel zu achten. Mit dauerhaft finanzierten Strukturmaßnahmen kann Innovation breiter und nachhaltiger in der Versorgung ankommen als durch eine Vielzahl von Einzelprojekten.

Das Forum Gesundheitsstandort hat sich etabliert und bringt viele Ideen hervor. Der Fokus liegt dabei den Erfahrungen nach allerdings eher auf Wirtschaft und Forschung. In Zukunft sollte verstärkt Thema sein, was in der Gesundheitsversorgung nötig ist und welche Ansätze reelle Chancen haben.